

Medienmitteilung vom 22.05.2012 zum 7. Schweizer Biomassegipfel

Die Schweiz hat den Atomausstieg beschlossen, will aber zugleich mit neuen gesetzlichen Grundlagen den CO₂-Ausstoss verringern. In diesem Spannungsfeld fand Anfang Jahr der 7. Schweizer Biomassegipfel in Basel statt. Die massgeblichen Akteure erläuterten dabei die Potenziale und ihre Erwartungen an Behörden und Gesetzgeber. Nun liegen Handlungsempfehlungen zuhanden des Bundes vor, welche sun21 innerhalb der Anhörung zur CO₂-Verordnung eingereicht hat.

Beim 7. Schweizer Biomassegipfel trafen sich Ende Januar 2012 rund 70 Vertreterinnen und Vertreter aus (Energie-)Wirtschaft, Politik, Forschung und Umweltschutz. Promotoren und Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft erhielten Gelegenheit, biomassegestützte Klimaschutzprojekte vorzustellen und ihre Erwartungen an Behörden und Gesetzgeber zu formulieren. Die Zukunft des Klimaschutzes ist ungewiss: Das Kyoto-Protokoll läuft Ende 2012 aus, der schweizerische Atomausstieg ist beschlossen, aber noch nicht umgesetzt. Vor diesem Hintergrund gewinnen die Erkenntnisse der Tagung an Dringlichkeit: Der Klimaschutz mit Biomasseprojekten besitzt ein grosses Potenzial, in der Schweiz, aber vor allem auch weltweit. Eine wirksame CO₂-Kompensation bedarf der Qualitätssicherung in ökologischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht, soll dabei jedoch einheimische Klimaprojekte nicht mit Auflagen unnötig erschweren.

Energie- und Klimapolitik verknüpfen

Die Nachfrage für CO₂-Reduktionen in der Schweiz ist klar gegeben, lässt sich aber nicht allein aus der Schweiz decken. Kompensationsmassnahmen in der Schweiz werden an die Klimaziele des Bundes angerechnet und berechtigen in den meisten Fällen nicht zu internationalen CO₂-Zertifikaten. Eine Integration der Schweiz in den internationalen Zertifikatehandel ist eine interessante Option, wenn die einheimischen Klimaziele nicht darunter leiden. Zentral ist die verbesserte Koordination von Energie- und Klimapolitik, damit klare Ziele und Rahmenbedingungen langfristig stabile Verhältnisse schaffen.

Die Schlussfolgerungen des Biomassegipfels hat sun21 innerhalb der laufenden Anhörung zur CO₂-Verordnung beim Bundesamt für Umwelt (BAFU) eingereicht. Das neue CO₂-Gesetz und die zugehörige Verordnung bilden die wichtigsten Leitplanken der kommenden Jahre für den Klimaschutz in unserem Land. Das CO₂-Gesetz verlangt die Verringerung des Treibhausgasausstosses um 20 Prozent gegenüber 1990.

((2462 Zeichen inkl. Leerzeichen))

Kontakt und weitere Informationen:

sun21

Petra Hirsig-Geiger / 061 227 50 34 (Direktwahl) / p.hirsig@sun21.ch

Geschäftsführerin sun21

Elisabethenstrasse 23, 4010 Basel, www.sun21.ch